

Seidel, Tobias

Article

Globalisierung und Arbeitsmärkte: welche Auswirkungen haben Standortverlagerungen für Deutschland?

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Seidel, Tobias (2004) : Globalisierung und Arbeitsmärkte: welche Auswirkungen haben Standortverlagerungen für Deutschland?, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 11, Iss. 5, pp. 23-28

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/169737>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Globalisierung und Arbeitsmärkte: Welche Auswirkungen haben Standortverlagerungen für Deutschland?

Tobias Seidel¹

Einleitung

Deutschland steckt in einer Umbruchphase. Die Diskussionen um Standortverlagerungen bei SIEMENS oder DAIMLERCHRYSLER belegen das. Der Trend zu Produktionsverlagerungen hat in den letzten Jahren in steigendem Maße auch mittelständische Unternehmen erfasst. Während die großen Konzerne auf Grund ihrer Ressourcen weltweit aktiv sein können und in der Vergangenheit verstärkt in Asien investiert haben, nutzen kleinere Firmen die osteuropäischen Nachbarländer, um international wettbewerbsfähig zu produzieren. Dort betragen die Löhne nur ein Siebtel des deutschen Niveaus. Diese Option hat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den neunziger Jahren eröffnet und spielt insbesondere in den grenznahen Gebieten wie Sachsen eine große Rolle.

Welche Konsequenzen hat dieser Abfluss von Kapital für die Arbeitnehmer in Deutschland? Die Integration der osteuropäischen Märkte in die Weltwirtschaft verspricht Wohlfahrtsgewinne für alle Länder. Dies wird von Ökonomen stets betont, wenn sie von den Vorteilen der Globalisierung sprechen. Der freie Fluss von Produktionsfaktoren und Gütern sorgt für ein maximales Sozialprodukt. Jedoch gibt es innerhalb der Länder durchaus auch Verlierer: In Deutschland geraten durch die Konkurrenz aus Niedriglohnländern die Löhne unter Druck. In den Beitrittsländern passen sich die hohen Kapitalrenditen an das niedrigere Weltmarktniveau an. Nur in der Summe entstehen also Wohlfahrtsgewinne! Und das auch nur, wenn die Märkte ausreichend flexibel durch Preisänderungen reagieren können. Ist etwa eine Senkung der Löhne in Deutschland nicht möglich, verursacht Globalisierung hierzulande Arbeitslosigkeit. Damit werden auch, wie dieser Artikel zeigt, die Wohlfahrtsgewinne in Deutschland zunichte gemacht. Bevor der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Arbeitslosigkeit detailliert dargelegt wird, soll ein Überblick über das Ausmaß der ökonomischen Integration und die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland gegeben werden.

Ausmaß der ökonomischen Integration

Globalisierung umfasst neben der Liberalisierung des Kapitalverkehrs zusätzlich den Handel und die Migration

von Arbeitskräften. Alle drei Kanäle führen prinzipiell zum selben Ergebnis, nämlich einer Angleichung der Faktorpreise. 1996 waren weltweite Auslandsdirektinvestitionen sechs Mal größer als noch 1980, während sich die nationalen Ersparnisse bezüglich ihres Volumens lediglich verdoppelten.² Im Boomjahr 2000 erreichten ausländische Direktinvestitionen einen Spitzenwert von 1,4 Billionen US-\$, was einem Fünftel der gesamten Kapitalbildung weltweit entsprach (vgl. Abb. 1). Derartige Zuwachsraten hat es zuvor noch nicht gegeben. Investoren haben nicht mehr nur den nationalen Markt im Blick, sondern suchen mehr denn je auf der ganzen Welt nach lukrativen Produktionsstandorten.

Der weltweite Trend der neunziger Jahre spiegelt sich besonders stark in Osteuropa wider. Während 1990 nur etwa 640 Mill. US-\$ an Direktinvestitionen in diese Länder flossen, waren es 2002 bereits 28,7 Mrd. US-\$.³ 1999 befanden sich rund 25 % des Kapitalstocks ausländischer Direktinvestitionen in den acht osteuropäischen EU-Ländern in deutschem Besitz.⁴ Es ist auffällig, dass der tatsächliche Beitritt zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 keinen merklichen Einfluss auf das Ausmaß ausländischer Investitionen hatte. Vielmehr wurde diese Entwicklung in den Jahren zuvor bereits vorweg genommen, da die Investoren die zunehmende Rechtssicherheit durch den EU-Beitritt mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten konnten.

Die Handelsschranken sind seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich reduziert oder zum Teil bereits vollständig abgeschafft worden. Dies hat dazu geführt, dass die Handelsströme seitdem schneller gewachsen sind als das Sozialprodukt. Der Wert aller Exporte und Importe relativ zum Bruttoinlandsprodukt machte 1950 in Deutschland lediglich 20 % aus. Im Jahre 2003 hingegen kletterte der Wert auf 56 %.⁵ Dies ist ein eindeutiges Indiz für eine rasante Globalisierung der Gütermärkte. Lediglich der

¹ Tobias Seidel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Economic Studies (CES) der Ludwig-Maximilians-Universität München.

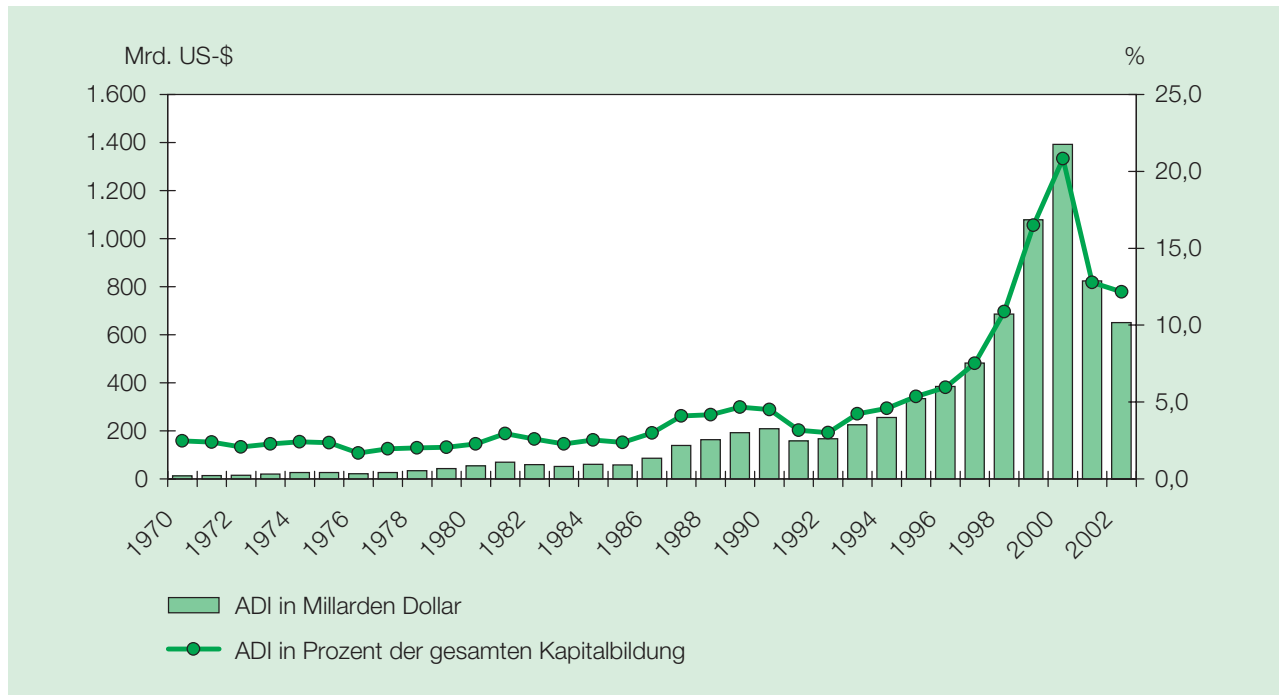
² UNCTAD (1997), S. 10.

³ UNCTAD FDI DATABASE, eigene Berechnungen.

⁴ UNCTAD FDI DATABASE sowie DEUTSCHE BUNDESBANK (2004), eigene Berechnungen.

⁵ Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Abbildung 1: Ausländische Direktinvestitionen weltweit und Anteil an der Gesamtkapitalbildung



Quelle: UNCTAD, FDI database.

Schaffung eines einheitlichen, globalen Arbeitsmarktes stehen zurzeit zahlreiche nationale Regelungen im Wege. Innerhalb der Europäischen Union, jedenfalls der 15 alten Mitgliedsländer, gibt es zwar keinerlei Restriktionen für die freie Wanderung mehr. Jedoch wird die Ausstellung einer Arbeiterlaubnis für Menschen aus Drittländern sehr restriktiv gehandhabt. Generell lässt sich Deutschland als offene Volkswirtschaft charakterisieren, die trotz der eingeschränkten Freizügigkeit bei der Migration den globalen Marktkräften ausgesetzt ist.

Arbeitsmärkte in Deutschland und Osteuropa

Ein Blick auf die Arbeitskosten in Osteuropa liefert eine Erklärung für den rasanten Anstieg ausländischer Direktinvestitionen. In der verarbeitenden Industrie schwanken die Arbeitskosten zwischen 2,29 € in Litauen und 4,17 € in Tschechien. Slowenien ist der „Ausreißer“ mit relativ hohen 9,01 €. Im Vergleich dazu muss ein deutscher Arbeitgeber 25,20 € für eine Arbeitsstunde bezahlen.⁶ Zwar ist die Produktivität in den neuen EU-Ländern auch geringer. Aber der Import von internationalem Know-how in Form von Kapital und Management führt zu einer Produktivität von etwa 60 % relativ zum deutschen Standort. Da die Löhne aber nur etwa ein Siebtel ausmachen, winken den Unternehmern hohe Profite.⁷ Diese Situation lässt erahnen, welcher Druck auf den deutschen Arbeitsmarkt durch die EU-Osterweiterung ausgeübt wird. Um die Ab-

wanderung von Arbeitsplätzen zu verhindern, müssten die deutschen Löhne sinken. Sind Lohnsenkungen aber aus institutionellen Gründen nicht möglich, entsteht Arbeitslosigkeit.

Deutschland sieht sich bereits seit 1970 mit einem Trendwachstum der Arbeitslosigkeit konfrontiert. In jedem Jahrzehnt gab es einen starken Anstieg auf ein höheres Niveau, das sich stabilisierte und später weiter erhöhte. Abbildung 2 verdeutlicht das eindrucksvoll.

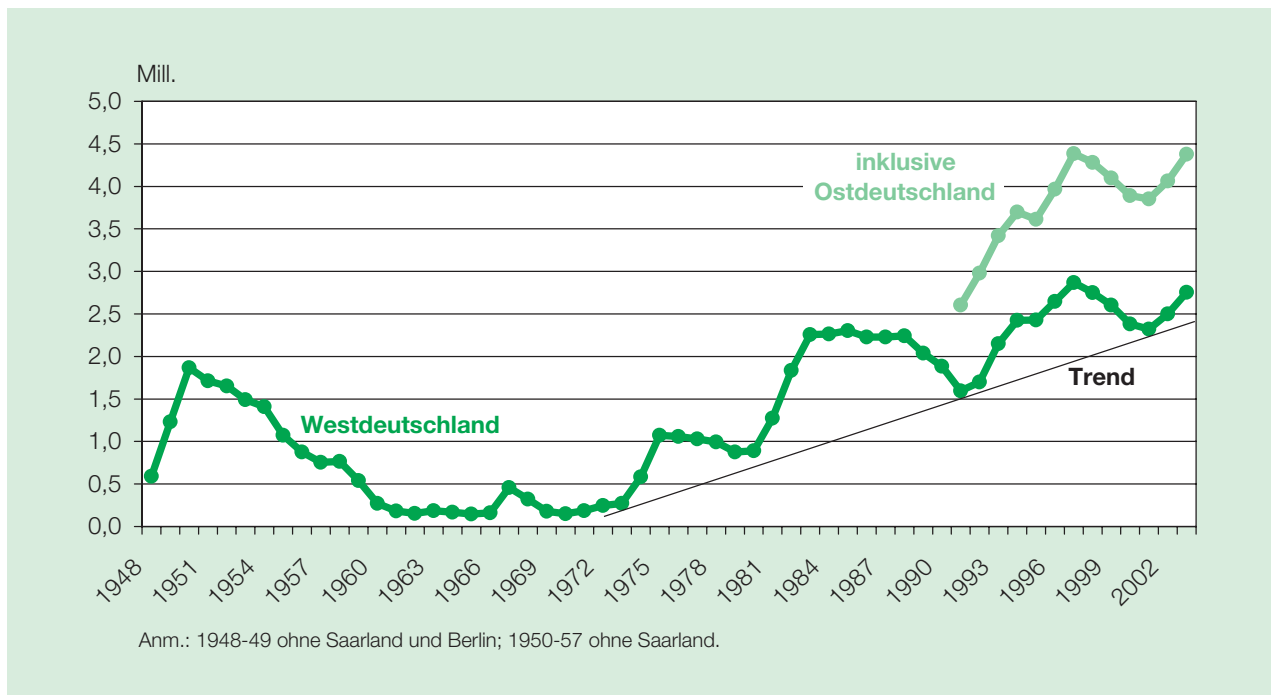
Dieser langfristige Trend lässt sich nicht mit konjunkturellen Zyklen erklären, da in einer Boomphase das Niveau wieder hätte sinken müssen. Genau das ist im Zeitablauf jedoch nicht geschehen. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Arbeitskosten zu stark gestiegen sind und Deutschland daher seine Wettbewerbsfähigkeit – insbesondere im Angesicht der zunehmenden internationalen Konkurrenz – zum Teil eingebüßt hat.⁸ In welchem Zusammenhang stehen nun die Integration von Märkten und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt? Der folgende Abschnitt liefert einen theoretischen Erklärungsansatz.

⁶ INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (2004), S. 137; Zahlen für 2002.

⁷ MARIN (2004).

⁸ Vgl. auch SINN (2004). Selbstverständlich lässt sich die Arbeitslosigkeit nicht monokausal durch die Globalisierung erklären. Eine Lohnpolitik, die den globalen Rahmenbedingungen nicht angemessen ist, kann jedoch sehr wohl einen Erklärungsbeitrag leisten. Vgl. FRANZ und KÖNIG (1986) sowie FRANZ (1999).

Abbildung 2: Arbeitslosigkeit in Deutschland



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Globalisierung und Arbeitslosigkeit

Flexible Löhne

Ökonomische Integration verspricht Wohlfahrtsgewinne für alle beteiligten Länder. Der freie Warenverkehr sorgt ebenso wie der freie Fluss von Kapital und Arbeitskräften für einen optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren und folglich für maximalen Output. Im Zuge dieses Prozesses kommt es zu einer Konvergenz der Faktorpreise. Bewegungen von Kapital und Arbeit üben einen direkten Druck auf Faktorpreise aus, Handel hingegen einen indirekten über die Angleichung von Güterpreisen. Langfristig werden sich die Preise für Güter, Kapital und Arbeit ausgeglichen haben. Egal ob Güter, Kapital oder Arbeit mobil sind, das Endresultat der Konvergenz ist stets dasselbe. Bereits die Mobilität eines Faktors oder die Handelbarkeit der Güter alleine würde für die Konvergenz ausreichen. Wirken alle drei Kanäle gleichzeitig, erhöht sich nur die Konvergenzgeschwindigkeit, mit der sich die Preise für Güter und Faktoren angleichen.

Globalisierung führt also zu einer Steigerung der nationalen Einkommen, impliziert jedoch signifikante Umverteilungen zwischen den Produktionsfaktoren. Vor der Integration der Märkte wird jeweils der relativ knapp vorhandene Faktor hoch entlohnt. Unterscheidet sich die relative Faktorausstattung des gemeinsamen Marktes von der individueller Länder, so hat die Integration von Märkten einen Einfluss auf die Knappheitsverhältnisse. Deutschland bei-

spielsweise ist ein relativ kapitalreiches Land. Da Arbeit knapp ist – im Vergleich zur gesamten Welt – sind auch die Löhne höher als in anderen Ländern, die über relativ mehr Arbeitskräfte verfügen. Entsteht nun ein gemeinsamer Markt für Kapital und Arbeit, dann werden sich die Löhne ebenso wie der Zins in beiden Ländern angleichen. In Deutschland entsteht ein Druck nach unten auf die Löhne, da die andere Region relativ mehr Arbeit als Kapital in den gemeinsamen Markt einbringt. Insbesondere gering qualifizierte Arbeit verliert, jedoch gewinnen die anderen Faktoren mehr hinzu als die Arbeitskräfte verlieren. Auf diesen Nettogewinn über die gesamte Gesellschaft hinweg beziehen sich Ökonomen stets, wenn sie die Vorteilhaftigkeit der Globalisierung betonen.

Starre Löhne

Wie hängt nun Globalisierung, also die zunehmende Integration von Märkten, mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit in Deutschland zusammen? Das oben dargelegte Argument gilt nur dann, wenn sich die Faktorpreise flexibel anpassen können. Können Lohnsenkungen jedoch nicht stattfinden, entsteht Arbeitslosigkeit. Angenommen, es gibt zwei etwa gleich große Länder, die jeweils ein Gut mit dem Einsatz von Kapital und Arbeit produzieren – etwa Deutschland und Polen. In der Ausgangslage sind die beiden Länder autark. Zudem sei angenommen, dass Deutschland mehr Kapital pro Arbeitskraft zur Verfügung steht als Polen. Die deutschen Arbeiter, die das Gut mit mehr Maschineneinsatz herstellen, können produktiver

sein als ihre Kollegen im Ausland. Da der Preis für das Produkt identisch ist, sie aber mehr Güter pro Zeiteinheit produzieren können, erhalten sie auch einen höheren Lohn als ihre polnischen Kollegen. Umgekehrt verhält sich das Argument für Kapital. Die zuletzt eingesetzte Maschine ist im Ausland wesentlich produktiver als im Inland. Das bedeutet also, dass der Lohn in Deutschland höher als in Polen ist, der Zins hingegen ist in Polen höher als in Deutschland. Faktorpreise lassen sich folglich als eine Funktion des Verhältnisses von Kapital zu Arbeit abbilden. Je mehr Maschinen jeder Arbeiter zur Verfügung hat, desto höher ist sein Lohn. Und je mehr Arbeiter pro Maschine eingesetzt werden, desto größer ist die Produktivität des Kapitals und folglich der Zins.

Nun kommt es zur Integration der Kapitalmärkte beider Länder – es entsteht ein einheitlicher Markt. Da Kapital in Deutschland weniger erwirtschaftet als in Polen (der Zins ist niedriger), haben deutsche Kapitalbesitzer einen Anreiz, ihre Maschinen im Ausland einzusetzen, um ihren Gewinn zu steigern. Dieser Prozess hält so lange an, bis die Zinsdifferenz vollständig verschwunden ist.⁹ Das impliziert, dass langfristig in beiden Ländern gleich viele Maschinen pro Erwerbstätigem eingesetzt werden. Folglich haben sich auch die Löhne angeglichen. Der Faktor, der in der geschlossenen Volkswirtschaft relativ knapp war, verliert im Zuge der Globalisierung, wenn er auf einem gemeinsamen globalen Markt weniger knapp wird. Durch den Wettbewerb muss der hohe Lohn in Deutschland sinken, während der niedrige Lohn in Polen steigen kann, bis sich beide Preise angeglichen haben.

Auf Grund von mächtigen Gewerkschaften oder wegen der Ausgestaltung des Sozialstaats kann der Lohn in Deutschland aber nicht sinken. Hierzulande tritt der Staat als Konkurrent zur privaten Wirtschaft auf, indem er Lohnersatzeinkommen zahlt, die Jobs im Niedriglohnssektor nicht entstehen lassen. Für gering Qualifizierte lohnt es sich oftmals nicht, niedrig entlohnte Arbeit aufzunehmen, da Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld ein höheres Einkommen garantieren. Wie läuft der Globalisierungsprozess dann ab? Kapital wird nach wie vor ins Ausland wandern, um dort eine höhere Rendite zu erzielen. Dies wiederum würde einen Abwärtsdruck auf heimische Löhne nach sich ziehen, um dasselbe Beschäftigungsniveau zu garantieren. Um weiterhin einen hohen Lohn zahlen zu können, darf sich aber die Produktivität der Erwerbstätigen nicht verändern. Würde die Produktivität bei gleichem Lohn sinken, dann würden die Unternehmen in Konkurs gehen. Durch die Produktionsverlagerung nach Polen ist nun jedoch weniger Kapital im Inland verfügbar, das Arbeitskräftepotenzial hat sich hingegen nicht verändert. Eine geringere Kapitalintensität reduziert

die Produktivität der Arbeitnehmer. Wenn der Lohn aber aus institutionellen Gründen nicht sinken kann, entsteht Arbeitslosigkeit, die für eine konstante Kapitalintensität in der Produktion sorgen kann.

Ein einfaches, numerisches Beispiel soll diese Argumentation veranschaulichen: Das Inland (Deutschland) sei mit 1.000 Arbeitnehmern ausgestattet, die in der Ausgangssituation alle beschäftigt sind. Dem stehen 1.200 Einheiten an Kapital (Maschinen) gegenüber. Im Ausland (Polen) arbeiten ebenfalls 1.000 Menschen, aber es gibt lediglich 800 Einheiten an Kapital. Daraus ergeben sich nun die Kapital-Arbeits-Verhältnisse von

$$h^D = \frac{K^D}{L^D} = \frac{1200}{1000} = 1,2 \quad \text{für Deutschland und}$$

$$h^P = \frac{K^P}{L^P} = \frac{800}{1000} = 0,8 \quad \text{für Polen.}$$

Wenn Kapital von Deutschland nach Polen abwandert, würde h^D sinken und h^P steigen, bis beide Länder ein Kapital-Arbeits-Verhältnis von eins erreicht hätten. Das ist die Referenzsituation bei flexiblen Löhnen. Wie sieht also das Ergebnis aus, wenn der Lohn im Inland konstant bleibt? Wenn zehn Prozent des inländischen Kapitals abwandert, dann werden die Unternehmen auch zehn Prozent der Angestellten entlassen müssen, um weiterhin eine Produktivität zu sichern, die es erlaubt, den hohen Lohn zu zahlen (h^D muss konstant bleiben). Andernfalls würden sie Verluste machen und Insolvenz anmelden müssen. Das Ausland wird mehr Kapital aus dem Inland anziehen, bis auch dort eine Kapital-Arbeits-Relation von 1,2 (genau wie in Deutschland) erreicht ist. 400 Einheiten Kapital hätten die Grenze zum Ausland überquert und ein Drittel der ursprünglich 1.000 Beschäftigten im Inland wären nun arbeitslos.

Das inländische Einkommen sinkt, da die vorhandenen Produktionsfaktoren nicht vollständig eingesetzt werden. Die ausländischen Arbeitnehmer freuen sich über einen noch höheren Lohn als er mit flexiblen Arbeitsmärkten im Inland eingetreten wäre – ihr Lohn steigt bis auf das hohe, inflexible Lohnniveau in Deutschland. Sie gewinnen auf Kosten der Deutschen, die ihren Job verlieren. Deutschlands starrer Lohn ist eine Produktivitätspeitsche für Polen.

Die deutschen Arbeitnehmer, die ihren Job behalten, sind zwar genauso gut gestellt wie in der Ausgangssituation. Aber der inländische Verteilungskampf hat dazu geführt,

⁹ Im engeren Sinne funktioniert der Anpassungsprozess nur, wenn beim Kapitaltransfer von einem Land ins andere keine Kosten entstehen. Wenn Kosten entstehen, dann wird es nicht zu einer vollständigen Zinsangleichung kommen.

dass die Arbeitslosigkeit steigt und Einkommen ins Ausland umverteilt wird. Das Absinken der deutschen Wohlfahrt muss letztendlich ausschließlich von deutschen Arbeitslosen getragen werden.

Der Sozialstaat im Mahlwerk der Globalisierung

Auch der Sozialstaat bietet keine Lösung zur Abfederung dieses Drucks. Theoretisch wäre es zwar denkbar, dass Kapitalbesitzer Arbeitnehmer für ihre Verluste entschädigen, sodass alle von der Einkommenssteigerung profitieren. Erhebt man jedoch eine Steuer auf den mobilen Faktor Kapital, so wird noch mehr Kapital ins Ausland getrieben. Dies gilt selbst bei flexiblen Löhnen; bei starren Löhnen wird dieser Prozess sogar noch verschärft.

Es gibt im Zuge der Liberalisierung von Märkten keine Möglichkeit, den Marktkräften entgegenzuwirken, ohne gleichzeitig massive Wohlfahrtsverluste in Kauf zu nehmen. Die deutschen Arbeitnehmer haben folglich nur zwei Alternativen: entweder tragen sie die Last durch niedrigere (Netto-)Löhne oder durch Arbeitslosigkeit.

Fazit und Politikimplikationen

Die dargelegten Argumente basieren auf Standardargumenten der Volkswirtschaftslehre. Lange Zeit wurden Hinweise auf die Mechanismen einer globalisierten Ökonomie als „akademische Spielereien“ abgetan. Angesichts der massiven Jobverlagerungen und des zunehmenden Lohndrucks in Deutschland wird auch von politischer Seite zunehmend akzeptiert, dass das ökonomische Modell die Realität sehr gut abbildet. Die wohl wichtigste Erkenntnis ist, dass die impliziten Verteilungseffekte der Globalisierung, die einen Aufholprozess der armen Länder gegenüber den reichen Ländern ermöglichen, nicht über Lohnstarrheiten auf dem Arbeitsmarkt verhindert werden können. Entscheidet sich ein Land, die Grenzen für Güter und Produktionsfaktoren zu öffnen, dann können die Chancen nur genutzt werden, wenn Faktormärkte ausreichend flexibel gestaltet sind, um dem Anpassungsdruck gerecht zu werden. Werden diese Anpassungen – wie auf dem Arbeitsmarkt – verhindert, entstehen Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste. Lediglich diejenigen Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz behalten können, sind von den Verteilungsimplicationen der Globalisierung nicht betroffen. Dafür müssen aber die Kapitalbesitzer auf höhere Renditen verzichten und die Arbeitslosen Einkommenseinbußen hinnehmen.

Was muss in Deutschland geschehen, um im internationalen Wettbewerb wieder eine größere Rolle spielen zu können und um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren?

Der Arbeitsmarkt muss wieder in Ordnung gebracht werden. Das hohe Potenzial an Arbeitskräften, das durch Arbeitslosigkeit ungenutzt bleibt, muss wieder mobilisiert werden. Grundsätzlich sind zwei Denkrichtungen zu verfolgen. Erstens muss gewährleistet werden, dass Lohnfindungen dezentraler auf Unternehmensebene stattfinden können. Es darf nicht länger sein, dass die Gewerkschaftszentralen ein Veto einlegen können und damit Lohnverzicht unterbinden können, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Unternehmens geeinigt haben. Der Flächentarifvertrag muss im Interesse der Beschäftigung gelockert werden. Für Ostdeutschland ist das weniger relevant, da dort die Flächentarifbindung nur noch für etwa 20 % der Unternehmen greift.¹⁰ Zudem gibt es eine Fülle von Ausnahmeregelungen, die für Flexibilität sorgen. Hier spielt der zweite Aspekt eine ganz entscheidende Rolle: der Sozialstaat. Das Anreizsystem sorgt zurzeit dafür, dass sich Menschen mit niedrigen Einkommensaussichten auf dem ersten Arbeitsmarkt durch die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen besser stellen als durch Aufnahme einer gering bezahlten Arbeit. Das liegt daran, dass sie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe nur dann bekommen, wenn sie nicht arbeiten. Ein System von Lohnzuschüssen und großzügigeren Hinzuverdienstmöglichkeiten wäre dem jetzigen System überlegen. Damit würden niedrig entlohnte Arbeitsplätze entstehen, die Bezieher von Lohnersatzeinkommen würden wieder in den Arbeitsmarkt integriert und hätten dank der Zuzahlungen des Staates im Falle einer Beschäftigung mehr Geld zur Verfügung als das heutige Sozialhilfeniveau. Das ifo Institut hat mit dem Konzept der „Aktivierenden Sozialhilfe“ im Jahre 2002 bereits einen Vorschlag dazu auf den Tisch gelegt.¹¹

Literatur

- BRECHER, R. A. (1974): Minimum Wages and the Pure Theory of International Trade, *Quarterly Journal of Economics*, 88, 1, 98–116.
- DAVIS, D. R. (1998): Does European Unemployment Prop Up American Wages? *National Labor Markets and Global Trade*, *American Economic Review*, 88, 3, 478–494.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.) (2004): Kapitalverflechtungen mit dem Ausland, Mai 2004, Frankfurt/Main.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2003): Außen- und Intrahandel der Europäischen Union. Statistisches Jahrbuch. Daten 1958–2002, Luxemburg.

¹⁰ Vgl. IAB (2002).

¹¹ Vgl. Sinn et al. (2002).

- FRANZ, W. (1999): Arbeitslosigkeit in Deutschland und Möglichkeiten ihrer Überwindung: Eine Analyse und Bestandsaufnahme aus der Sicht der wirtschaftspolitischen Beratung, *Empirica*, 26, 151–167.
- FRANZ, W. und H. KÖNIG (1986): The Nature and Causes of Unemployment in the Federal Republic of Germany since the Seventies: An Empirical Investigation, *Economica*, 53, 219–244.
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (Hrsg.) (2004): Deutschland in Zahlen, Köln.
- IAB – INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (Hrsg.) (2002): Die Entwicklung der Flächentarifbindung 1995–2001, http://doku.iab.de/betriebspanel/ergebnisse/2002_11_01_05_tarifbindung.pdf.
- MARIN, D. (2004): „A Nation of Poets and Thinkers“ – Less So with Eastern Enlargement? Austria and Germany, Munich Economics Discussion Paper, April 2004.
- SEIDEL, T. (2004): Foreign Direct Investment, Rigid Wages, and the Welfare State, mimeo.
- SINN, H.-W. (Hrsg.) (2000): The European Unemployment Problem, CESifo Symposium, ifo Studien, Zeitschrift für empirische Wirtschaftsforschung, 1/2000.
- SINN, H.-W. (2004): Ist Deutschland noch zu retten?, 6. Aufl., München.
- SINN, H.-W., C. HOLZNER, W. MEISTER, W. OCHEL und M. WERDING (2002): Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum, ifo Schnelldienst 9/2002, 3–52.
- UNCTAD (Hrsg.) (1997): World Investment Report 1997, Geneva.